

http://www.daheim-statt-heim.at/files/2009-02-08_Daheim-statt-Heim-AT_Newsletter_2009-01.pdf
http://www.katja.at/files/2009-02-08_Daheim-statt-Heim-AT_Newsletter_2009-01.pdf



Österreichische Bürgerinitiative "[Daheim statt Heim](http://www.daheim-statt-heim.at)"

2009-02-08 Newsletter 2009-01 von Initiator Gerhard Lichtenauer

Liebe Unterstützer und Unterstützerinnen, liebe Freunde, Interessenten und Beobachter, sehr geehrte Damen und Herren!

Dies ist der erste "Newsletter", der **Österreichischen Bürgerinitiative "[Daheim statt Heim](http://www.daheim-statt-heim.at)"**, welcher, wie angekündigt, vierteljährlich erscheinen hätte sollen. Bisher ist es mir nicht gelungen, dieses Vorhaben in die Tat umzusetzen. Sie wurden von mir über die Initiative leider nur sehr sporadisch informiert. Ich hoffe, dass es mir in regelmäßigeren Abständen gelingen möge. Der Großteil der Unterstützer und Unterstützerinnen hat sich für den Erhalt des Newsletters ausgesprochen.

Diese Information ergeht aber auch an einen weiteren Personenkreis, zu dem ich über die Anliegen und Ziele der Initiative bereits kommunizierte bzw. ich auch weiterhin informieren möchte.

Wenn Sie diese Informationen nicht mehr erhalten wollen, teilen Sie mir dies bitte in einer kurzen Antwort mit, damit ich die Mailadresse vom Verteiler entferne.

Internetpräsenz

Aus technischen, zeitlichen und finanziellen Gründen hat sich ergeben, dass mir eine rasche und spontane Aktualisierung, der eher statisch aufgebauten Homepage der Bürgerinitiative "**Daheim statt Heim**" (www.daheim-statt-heim.at), schwer und nur sehr aufwändig möglich war. Seit Juni 2008 nutze ich daher vorwiegend "**Katja's Blog**" (www.katja.at), dessen Herausgeber ich auch bin, um neben den Informationen über unsere eigene Betroffenheit vom "Pflegerotstand" (siehe auch ganz unten), auch viele Inhalte der Bürgerinitiative möglichst aktuell transportieren zu können.

Mein Ziel ist natürlich, möglichst rasch auch auf der "Daheim-statt-Heim"-Homepage ein spontan aktualisierbares Blog-System mit Diskussionsforum zu installieren. Bis dahin halten Sie sich aber bitte informiert, indem Sie gelegentlich auch "Katja's Blog" ansurfen.

Unterstützungen

Die Initiative zielt auf eine Umsteuerung des Hilfesystems, weg von überholten Heimstrukturen, hin zu individuell- bedarfsdeckenden Unterstützungsangeboten, die ein Leben "Daheim statt im Heim" ermöglichen. Die Wahlfreiheit der Wohnform und der persönlichen Hilfen muss durch verfügbare und leistbare Alternativen zum Leben im "Heim" gewährleistet werden.

Die Ziele und Forderungen der [am 1. Juni 2007 in Österreich gestarteten](#) Initiative, für ein Leben alter und behinderter Menschen in ihrem Zuhause, in der Mitte der Gesellschaft, wird derzeit von [750 Unterstützungserklärungen](#) von Einzelpersonen, Betroffenen, Angehörigen, Freunden sowie Vertretern von Selbsthilfeorganisationen und Interessenvertretungen mitgetragen.

Meinen herzlichen Dank für alle bisherigen Unterstützungserklärungen, im Namen Aller, die sich bewusst oder unbewusst nach Umsetzung der [Vision von Daheim statt Heim](#) sehnen.

Trägerkreis

Der "Trägerkreis" der Initiative ist jedoch viel weiter gefasst, als es diese Zahl der abgegebenen Unterstützungen ausdrückt. Etwa 90 % der Bevölkerung sympathisieren laut verschiedenen Umfragen mit einer Abkehr vom überholten System des vorvorigen Jahrhunderts, der Abschiebung behinderter

und/oder pflegebedürftiger Menschen in so genannte "Heime". Sie wünschen sich leistbare, personenzentrierte Unterstützungen für ein Leben im selbst gewählten privatem Umfeld, in der eigenen Wohnung, der gewohnten Umgebung, in der eigenen Privatheit und Sozialisation und vor allem in Selbstbestimmtheit.

Ich möchte Sie alle ermutigen, in Ihrem Umfeld, bei Verwandten, Freunden, Selbsthilfegruppen, Vereinen und lokalen Medien etc. weiterhin kräftig mitzuwirken, dass die Anliegen der Initiative möglichst auf breiter Basis in unserer Gesellschaft thematisiert werden und darüber ein öffentlicher Diskussionsprozess in Gang kommt. Die Notwendigkeit eines radikalen Umsteuerns im Hilfesystem darf von den Regierenden und ihren Einflüsterern nicht länger ignoriert und auf die lange Bank geschoben werden.

Eine Reihe von Zustimmungen und Erfolgswünschen liegen mir von Personen aus Politik und öffentlichem Leben vor, die sich jedoch aus verschiedenen Gründen noch nicht öffentlich dazu deklarieren wollten oder konnten. Ihnen allen wünsche ich, dass Sie in Ihrer jeweiligen Verantwortung, die richtigen Impulse zur richtigen Zeit setzen mögen.

Mitbürgern, die noch sehr skeptisch oder ablehnend den Anliegen der Bürgeraktion gegenüber stehen, wünsche ich weiterhin eine möglichst unbefangene aber ehrliche Auseinandersetzung mit diesen gesellschaftlichen Themen.

Jeder ist potenziell Betroffener

Unseren Mitmenschen muss vor Augen geführt werden, dass jeder von einer Sekunde zur anderen ein Betroffener oder Mitbetroffener sein kann. Die Wahrscheinlichkeit am Ende dieses Lebens - mehr oder weniger lange - einen Unterstützungsbedarf zu haben, ist auch sehr hoch.

Jeder Mensch, der die Fragen um die Verletzlichkeit und Endlichkeit des Lebens nicht verdrängen will, kann als Unterstützer gewonnen werden, letztlich täte sich jeder selbst auch etwas Gutes, wenn er seinen Beitrag für die Umsetzung der Ziele von "Daheim statt Heim" leistet.

Initiativ werden

Wir müssen Initiative ergreifen und engagiert informieren und aufrufen, bevor aus rückwärts gewandter Verantwortungslosigkeit, weiterhin öffentliche Steuermittel für aussondernde, unnatürliche Lebenswelten, den so genannten "Heimen", entgegen dem mehrheitlichen Willen der Gesellschaft, verschwendet werden. Einmal in Beton gegossen, wird für viele Jahrzehnte ein Sog in diese Sonderwelten untermauert, Mittel für individualisierte und personenzentrierte Unterstützungen zur ambulanten Pflege und Betreuung, sowie für "Persönliche Assistenz" fehlen dadurch und eine echte Wahlfreiheit und Selbstbestimmung wird verhindert.

Mit dem downloadbaren Folder (<http://www.daheim-statt-heim.at/material.php>) ist es auch möglich, Unterschriften zu sammeln und an die Adresse der Initiative zu faxen oder zu schicken.

Individueller Hilfebedarf, Bedürfnisorientierung und Selbstbestimmung

Die Bürgerinitiative "**Daheim statt Heim**" fordert ein neues Pflege- und Assistenzsystem, das sich an den **individuellen Bedürfnissen der Hilfebedürftigen** und der Helfer orientiert und auf breite Bürgerbeteiligung aufgebaut ist. Die geforderte Neuordnung baut auf bedarfsdeckendem Pflegegeld bzw. Assistenzbudget auf, womit sich der Pflege- bzw. Assistenzbedürftige die nötigen Hilfen sowohl mittels informeller Pflege als auch professioneller Pflegeleistungen organisieren und leisten kann.

Das Modell der "**Persönlichen Assistenz**", deren Prinzipien auf alle Menschen mit Unterstützungsbedarf anzuwenden sind, wurde durch Betroffene entwickelt. International gibt es bereits jahrzehntelange positive Erfahrungen, die seitens weltweiter Selbstbestimmt Leben-Bewegungen vorgelebt werden. In den skandinavischen Ländern wurde in den letzten Jahrzehnten die Pflege auf dieses unbürokratische System umgestellt und es funktioniert! In Deutschland werden derzeit mit dem "**Persönlichen Budget**" (Rechtsanspruch seit Jänner 2008) riesige Schritte in eine bessere und effizientere Richtung gesetzt, die bei uns noch nicht einmal diskutiert werden.

1. Jahrestreffen vom 26.5.2008 in Wien

Beim Jahrestreffen der Initiative gab es ein Zusammentreffen mit der Initiatorin und weiteren Vertretern der gleichnamigen, überparteilichen [deutschen Bundesinitiative "Daheim statt Heim"](#),

unserer Partnerinitiative. Frau **Silvia Schmidt**, Mitglied des deutschen Bundestages, Behindertenbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion und "Daheim-statt-Heim"- Initiatorin, sowie die deutschen Bundesabgeordneten Frau Gabriele Lösekrug-Möller (MdB) und Herr Rolf Stöckel (MdB), sowie Herr Roger Schmidchen vom Trägerwerk Soziale Dienste e.V. kamen zum Treffen. Nachstehend einige Meldungen zum Jahrestreffen

DsH- Pressemitteilung vom 26. Mai 2008, anlässlich des 1. Jahrestreffens

http://www.daheim-statt-heim.at/files/2008-05-26_Daheim-statt-Heim-AT_Pressemeldung.pdf

Initiative "Daheim statt Heim" - das erste Jahr

Ing. Gerhard Lichtenauer führte mit Pepo Meia von Radio Orange anlässlich dieses Jahrestages folgendes Interview.

<http://www.bizeps.or.at/news.php?nr=8892>

Der Kampf um das "normale" Leben miteinander - daheim statt im Heim!

Ein Jahr Österreichische Bürgerinitiative "Daheim statt Heim".

<http://www.bizeps.or.at/news.php?nr=8893>

Ein Jahr Österreichische Bürgerinitiative "Daheim statt Heim"

http://www.kobinet-nachrichten.org/cipp/kobinet/custom/pub/content_lang.1/oid.18160/ticket.g_a_s_t

Hier kann das Treffen nachgehört werden: [Direktlink zu den Kurzinterviews](#) & [Direktlink zur kompletten Veranstaltung](#)

Die Krise

Furcht und Zittern herrscht bei Staatenlenkern, Wirtschaftskapitänen und Bankenbossen seit 15.09.2008. Da wurde der Konkurs von "Lehman Brothers" bekannt, was bekanntlich das weltweite Casino sprengte, das Kartenhaus zum Einsturz brachte und die weltweite Finanzwelt im Doninoeffekt mit in den Abgrund riss. Obwohl ein bevorstehender Crash, ausgelöst durch die amerikanische "Immobilienblase", bereits ruckbar war, war diese konkret eintretende Pleite des Großinvestors, der öffentliche Auftakt "DER Krise". Die Geld- und Kapitalmärkte kollabieren seither ungebremst. Mit Billionenbeträgen werden in Panik "lebenserhaltenden Maßnahmen" betrieben, die sich immer mehr als erfolglose Wiederbelebungsversuche an einer längst schon verwesten "Leiche" erweisen. Manche "Analysten" des Zeitgeistes, bisher von den so genannten Economy- "Analysten" nur müde belächelt, sehen diese "Krise" in einem größeren Zusammenhang. Es ist nicht die Krise der Finanzwelt und der Wirtschaft, die uns jetzt den Atem raubt, sondern wir bekommen langsam die Konsequenz der menschlichen Hybris zu spüren, die sich u.a. exzessiv dem auf die Spitze der Verantwortungslosigkeit getriebenen Wahn nach dem schnellen Reichtum hingegeben hat, übersehend, dass wir alle im selben Boot sitzen. Ein Aspekt dieses (immer noch) anhaltenden skrupellosen Größenwahns ist, [dass die Bedürfnisse der Hilfebedürftigsten auf dem Altar des Wirtschaftsaufschwunges und des gesellschaftlichen Wohlstands geopfert wurden.](#)

In vielfacher Weise wird das Jahr 2009 nun ein Jahr der Weichenstellungen. Ob die jahrzehntelange Verantwortungslosigkeit, die an den Rand des globalen Kollaps' führte, einfach verlängert wird, also weiterhin mit Spachtelmasse die Risse zu kitten versucht werden, um den Zusammenbruch des globalen Wirtschafts- und Gesellschafts- Gefüges etwas hinauszuzögern oder die Chance für einen Neubeginn einer Verantwortungsgesellschaft ergriffen wird.

Vom Pflegenotstand ...

Die Politik ist leider in den vergangenen zweieinhalb Jahren, wie zuvor schon jahrzehntlang, auf der Stelle getreten und hat mit Scheingefechten (z.B. der angeblichen "[Legalisierung](#)" der so genannten "bis zu 24-Stunden Pflege/Betreuung") ihre Gestaltungsverantwortung auf das Größte missachtet. Die Purzelbäume der Regierung im Bereich der "Pflegesicherung" sind nur als grotesk zu bezeichnen. Angeblich wäre durch die so genannten "Legalisierungen" und die so genannte "Erhöhung" des Pflegegeldes wichtige Schritte zur Lösung des Problems gesetzt worden - weit gefehlt! Derzeit gibt es über 15.000 "Scheinlegalisierungen" im Bereich der Pflege zu Hause. In diesem Zusammenhang gibt es mindestens 6.000 getäuschte Pflegebedürftige und deren Angehörige, die weiter das volle Risiko von illegaler Beschäftigung zu tragen haben (Stichwort: "Scheinselbständigkeit"). Viele Tausende (vermutlich über 10.000), blieben bewusst im Status der

bisherigen informellen Nichtregulierung.

Eine "Aktion Scharf" ist derzeit aufgrund der politischen Signale, bis auf wenige, höchst entbehrliche Äußerungen, z.B. des Niederösterreichischen Patientenanwalts, weder für die scheinbar "legalisierte", noch für die, in der Grauzone verbliebene Gruppe, zu erwarten, aber sicher sein kann sich niemand.

In der Abarbeitung des "Pflegerotstands" gab es keinen Schritt vorwärts, alle Ziele wurden verfehlt, die derzeitige "Lösung" ist weder legal, noch leistbar und auch nicht qualitätsgesichert.

Das einzig Positive war die "Kompetenzausweitung" per 1.4.2008, die aber auch noch nicht der Weisheit letzter Schluss ist. Denn eine Pflegequalität im Privatbereich kann nur durch die Betroffenen selber beurteilt werden.

Von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitikern wurde die einzigartige Chance noch nicht einmal erkannt, dass durch eine umfassende innovative [Assistenzreform](#) auf Basis der UN-Behindertenrechtskonvention die [Effizienz](#) des derzeitigen Hilfesystems mindestens verdoppelt werden kann und damit auch mehr als 100.000 Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

... zum Aufstand der Pflegebedürftigen

Es werden sich in den nächsten Monaten wohl verschiedene Gruppen darauf konzentrieren müssen, über gemeinsame Strategien, über Ziele und Bündnisse Klarheit zu bekommen. Denn der Tenor unter Betroffenen lautet schon lange: "[Es reicht schon lange](#)"!

Der Schwerpunkt muss auf der nationalen Umsetzung der inzwischen rechtswirksamen "UN-Behindertenrechtskonvention" liegen (Partizipation, Chancengleichheit, Barrierefreiheit, Rechtsansprüche, Bedarfsdeckung von Pflegegeld, Betreuungs-/ Assistenz-Wahlfreiheiten ("Persönliches Budget"), bundesweit einheitliche Regelungen der "Persönliche Assistenz" für ALLE behinderten Menschen, nicht nur einige Wenige). Vielleicht wird 2009 auch zum "Jahr des Aufstandes".

Den Gordischen Knoten durchschlagen

Betroffene hoffen immer noch auf eine grundsätzliche Umsteuerung des gesamten Hilfesystems, auf die [Zerschlagung des „Gordischen Knotens“](#), der aus einer unübersehbaren Vielzahl von einander oft sogar widersprechenden Gesetzen und Verordnungen besteht. Alter und [Behinderung ist ein großes Geschäft](#), viele verdienen daran und deshalb gibt es viele Kräfte, die daran nichts ändern wollen, sondern den Karren immer tiefer in den Schlamm von Sachleistungen, Scheinleistungen und Institutionalisierungen steuern wollen. Nur in dieser völligen Abhängigkeit und Bevormundung von Hilfebedürftigen scheint den Lösungsverhinderern dieser Markt beliebig steuerbar und seitens der Politik jederzeit der Ökonomisierungshebel ansetzbar.

UN-Konvention

Zur notwendigen Umsetzung: der Konventionsziele gibt es in Österreich noch kaum Diskussionen (in Deutschland gibt es hierzu bereits erfreuliche Ansätze).

Die Bundesregierungen (Ö und DE) sind jedoch noch sehr selbstgefällig und verkennen die Realität, Die Landesregierungen machen weiter auf absolutistisch regierte Fürstentümer, die sich nach dem Motto "mir san mir", nicht darum kümmern, wozu Bundesgesetze und internationale Verträge verpflichten. Wie lange werden wir uns diesen kleinkarierten Separatismus, der viele Milliarden an Volksvermögen verschlingt, noch leisten können? Ich bin überzeugt, dass seit mehr als 11 Jahren Verfassungsartikel 7 (DE: Artikel 3, schon länger in Kraft), den Benachteiligungsverboten aufgrund von Behinderung, die unterschiedlichen Regelungen der Behindertenhilfe in den Bundesländern einen unzulässigen Verfassungsbruch darstellen, was jedoch [die Verfassungshüter nicht kümmert](#). Spätestens mit Inkrafttreten der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Oktober 2008 (DE: Jänner 2009) ist die Rechtslage (um die sich noch niemand schert) m.E. eindeutig, dass es keine unterschiedlichen, diskriminierenden Landesregelungen der Behindertenhilfe geben dürfte.

Wenn sich diese Einsicht durchsetzt, wird hoffentlich nicht der selbe Schildbürgerstreich unternommen, dass, wie bei der Pflegegeldeinführung in Österreich 1993 das Bundes-Pflegegeldgesetz in neun Landes-Pflegegeldgesetzen abgeschrieben wurde und somit viele Steuermittel auf Landesebene in der ineffizienten Veramtung verschleudert werden.

In eigener Sache

Ich nütze diese Gelegenheit, um über den Stand unseres persönlichen, endlosen Windmühlenkampfes zu informieren.

Die bereits seit 19 Jahren ausgeübte "Personenbetreuung" (24-Stunden-Pflege) unserer inzwischen erwachsenen, schwerstbehinderten (inzwischen "ehemaligen") Pflege-tochter Katja erbringen meine Frau (Dipl. Kinderkrankenschwester) und ich Großteils unentgeltlich, abgesehen von Almosen der Sozialbürokratie. Dem Staat haben wir inzwischen bereits etwa 1,5 bis 5 Millionen Euro (je nach Berechnung und Bewertung der Leistung) erspart.

Seit fast vier Jahren, nach einem ungesetzlichen Heim-Rauswurf Katjas (nach nur siebenwöchiger Unterbringung), haben wir keine andere Wahl, als diese Pflegeleistungen wegen der unerträglicher NÖ Behördenwillkür weiterhin Großteils selber zu erbringen. Seit dem Auslaufen der Schule für Katja (Mitte 2005) ist dies nur mehr durch unser beider Eltern Verzicht auf ausreichende Erwerbsarbeit möglich.

Auch nach Auslaufen unserer "Pflegeelternschaft" (diese endete bei Volljährigkeit des Pflegekindes vor zweieinhalb Jahren), weigern sich die Sozialbehörden (bis zu den Höchstgerichten!), die lebensnotwendige, aufwändige REHA-Pflege DAHEIM angemessen zu honorieren, obwohl in NÖ (oder in vertretbarer Entfernung) keine geeigneten, stationären oder teilstationären Betreuungseinrichtungen für schwerst mehrfachbehinderte Menschen existieren.

Über unsere Situation können Sie sich bei Interesse hier näher informieren:

Ein ORF-Thema- TV- Beitrag berichtete: <http://katja.at/verantwortung>

Hier ein Hintergrundbericht: <http://katja.at/blog/1465/verantwortung-erkennen>

Ein Zeitungsartikel berichtete bereits darüber: <http://katja.at/blog/908/sn-artikel>

Heimbetreiber-Unterlassungsklage: <http://katja.at/blog/1731/verantwortung-negiert>

Hier sind die ersten Lebensjahre Katjas beschrieben: <http://www.katja.at/leben>

Informationen werden laufend erweitert auf "Katja's Blog": <http://www.katja.at>

Menschen mit Zivilcourage, die **Verantwortung** übernehmen, ohne es zu müssen, geraten unter Druck und werden von Jenen in den Ruin getrieben, die **Verantwortung** tragen müssten.

Wann werden die **Verantwortlichen** der organisierten Verantwortungslosigkeit und systemischen Ungerechtigkeiten im ökonomistischen Befürsorgungssystem zur **Verantwortung** gezogen?

Die Aufzeichnung des 10-minütigen [TV-Berichts](#) muss ich leider bis Dienstag, 10. Februar wieder von der Webseite entfernen, weil der ORF medienrechtliche Bedenken dazu festgestellt hat.

Der Thema- Beitrag konnte in der kurzen Zeit leider nur einige Aspekte der Problematik anschnitten, die durch die Ökonomisierung im Bereich der Pflege schwerstbehinderter Menschen und durch die Ignoranz der Behörden und "kooperierende" Betreuungseinrichtungen verursacht werden. Ein aufmerksamer Beobachter kann sich aber Einiges zusammenreimen.

Weiterdenken erforderlich:

1. Was geschieht mit schwerst mehrfach behinderten Menschen, die nicht aus der ökonomistischen Dauerverwahrung in einem "Heim" befreit werden können und welche sich nicht artikulieren können, im Laufe weniger Jahre? Bei Katja traten Verschlechterungen nach sehr kurzer Zeit auf, bei Samuel waren die Pflegeschäden (z.B. Kontraktoren) schon extrem fortgeschritten. Wie wird die Lebensqualität nach wenigen Monaten beeinträchtigt? Eine langsame Verkrüppelung mit Verlust der ohnehin sehr eingeschränkten Bewegungsfähigkeit ist vorprogrammiert. Eine Langzeitfolge fortschreitender Verkrümmungen ist z.B. auch das Abdrücken von Organen mit schwersten lebensbedrohlichen Konsequenzen. Welcher Leidensweg wird diesen schutzbedürftigsten Menschen zugemutet? In welchem Ausmaß wird möglicherweise die Lebenserwartung "reduziert", was bedeutet das im Klartext?
2. Was sind die dramatischen existenziellen Folgen für die betroffenen Familien (sehr oft auch alleinerziehende Mütter), die aufgrund der aufwändigen Rund-um-die-Uhr-Pflege des

schwerstbehinderten Angehörigen, selber keiner ausreichenden Erwerbsarbeit nachgehen können? Ihnen bleibt keine andere Alternative, als selber Verantwortung zu übernehmen und somit das zu kompensieren suchen, was eine verantwortungslose, ignorante Gesellschaft an nötigen und berechtigten Unterstützungen vorenthält. Diese ethische Verpflichtung der Angehörigen wird vom Ökonomen-Syndikat schamlos ausgenützt und im Haushaltsplan einkalkuliert. Obwohl diese Familien Unvergleichliches für die Gesellschaft leisten, haben sie gerade dadurch oft selber keine Chance auf ein menschenwürdiges Leben und auf "gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft"!

3. Der Satzesatz im TV-Bericht über den bekannten "akuten Personalmangel" in Behinderteneinrichtungen (wie überall im Pflegebereich) ist leider schon zum Stehsatz geworden, mit dem sich Verantwortliche vor Verantwortung zu drücken versuchen. Es gibt für diese sattsam bekannten Missstände behördlich und politisch Verantwortliche, die diesen Zustand seit Jahrzehnten verursacht haben und auch heute noch durch ihre Ignoranz und heuchlerischen "Sonntagsreden" festigen. Leider blieb im TV-Bericht meine Strafanzeige wegen Amtsmissbrauchs und der staatlichen, rechtswidrigen Förderung und Deckung des "illegalen Pflegeheimbetriebs", also in diesem Fall die Verantwortung der NÖ-Behörden für eine gezielte (ungesetzliche) Ökonomisierung im Pflegebereich, somit permanente systemische Gesundheitsgefährdung schwerst pflegebedürftiger Menschen in Behinderteneinrichtungen, unerwähnt.

Ich bin aber trotzdem sehr dankbar für den TV-Bericht, weil selbst die evidenten Pflegeschäden vom Heimleiter unisono mit den NÖ Behörden als absichtlich erfunden, betrügerisch konstruiert und nicht beweisbar etc. darzustellen versucht wurden und werden.

Gewohnheitsmäßige Behörden-Willkür ohne Ende

Der Behörden(r)ampf dauert nun bereits fast vier Jahre. Laut Bundesverfassung und internationalen Übereinkommen rechtlich zustehende Unterstützungen für die hochprofessionelle Pflegearbeit zu Hause, werden durch die Sozialbehörden Niederösterreichs und Wiens (gedeckt bis zu den Höchstgerichten) weiterhin gesetzwidrig, in angemessener Weise zu leisten, verweigert.

Behinderte Menschen sind in Österreich der Willkür rechtsunkundiger Sozialabteilungen und verfassungswidrigen Landes-Behindertenhilfe-Regelungen ausgesetzt.

Als ("ehemalige") Pflegefamilie müssen wir, wegen massiven Behördenversagens, seit fast vier Jahren im permanenten Ausnahmezustand einen täglichen Überlebenskampf um unsere wirtschaftliche Existenz führen.

Es gilt das "Recht des Stärkeren"

Unerträglich ist das Kräfteungleichgewicht und die faktische Chancenlosigkeit für finanzschwache Menschen, im Instanzenzug zum Recht zu kommen. Inakzeptabel sind bei den Verfahren die Einspruchs-, Berufungs- bzw. Beschwerdefristen. Der Verwaltungsapparat mit eigenen Rechtsabteilungen lässt sich ungestraft viele Monate Zeit, der benachteiligte Bürger, meist rechtsunkundig, muss innert weniger Wochen etwas auf die Beine stellen. Die Konsequenzen eines Fristversäumnisses sind fatal. Das ist Faustrecht!

Wer übernimmt Verantwortung?

Wann werden Verantwortliche zur Verantwortung gezogen?

Herzliche Grüße

Gerhard Lichtenauer

Daheim-statt-Heim.at

T: 0043 (0)699 12490010

PS: Ich ersuche herzlich um Weiterleitung dieses Newsletters an interessierte Personenkreise.